

Enztalbote

Amtsblatt für Wildbad
Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis M. 3.80 vierteljährlich, M. 1.10 monatlich.
durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr M. 3.80,
im sonst inländischen Verkehr M. 3.40 u. 30 Pf. Postbestellg.

Anzeigenpreis: die einspaltige Zeile ober deren
Raum 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., Reklamazeilen
50 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Anzeigenannahme in Wildbad in der Expedition Wilhelmstraße 99; in Calmbach Hauptstraße 109, Fernsprecher Nr. 23.

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsdruckerei

Schriftl.: T. b. Gack, beide in Wildbad.

Nr. 226

Montag, den 6. Oktober 1919

Jahrgang 38

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 2. Okt.

Der unwichtige Zentrum, Abgeordnete und Bauernführer Dr. Heim brachte bei der heutigen Fortsetzung der Aussprache über die Valuta, wie man so zu sagen pflegt, Leben in die Debatte. Nicht mit Krieg und Kriegsgeldern, aber mit den originellen Gedanken und in der originellen Ausdrucksweise, die dem unerschrockenen Volkstribunen von je eignet. Mit den Plänen seines Parteigenossen Erzberger deden sich seine volkswirtschaftlichen Anschauungen über die Valutakrise und die gegenwärtige Lage ja beinahe gar nicht und der Reichsfinanzminister erhob sich alsbald, um das Konzept seines Parteifreundes zu fortzuziehen, aber das Haus hörte mit sichtlichem Behagen den Worten Heims zu, die nach den trockenen und mehr oder weniger geistreichen Ausführungen der anderen Redner wie eine Erquickung empfunden wurden. Arbeit und Sparbarkeit verlangt Dr. Heim, und er ist Optimist genug, zu glauben, daß die Wiedergewinnung des deutschen Volks dann rascher komme, als man annehme. Volkswirtschaftliche Maßnahmen wie die Doppelwährung, die den Kurs der Reichsmark wieder auf die Höhe bringen, können nach seiner Ansicht recht wohl nachhelfen, andererseits soll die Regierung eine großzügige Auswanderungspolitik betreiben, um die überflüssige Bevölkerung, die wir bei der allgemeinen Verarmung nicht mehr ernähren können, nicht verkommen oder in fremde Sklaverei geraten zu lassen. Das ließ Erzberger nicht gelten. Auch er ist Optimist, nur in etwas anderer Richtung als Heim. Der Reichsfinanzminister will es nicht wahr haben, daß das Reich seine jetzt noch — nach Verlust der verschiedenen Provinzen — 60 Millionen zählende Bevölkerung nicht ernähren könne. Er will daher von Auswanderung im größeren Stil nichts wissen. Wer wird recht behalten?

Fortsetzung der Besprechung der Interpellation Dr. Heineke und Gen. über die Valutafrage.

Abg. Heim (Z.): Die Schuldfragenunterhaltungen in unseren Parlamenten zeigen von politischer Unreife und haben unserer Valuta. Seit der Revolution drücken wir monatlich viermal so die Noten, als während des Kriegs. Helfen kann uns nur Sparbarkeit. Die Korruption ist unentbehrlich. Gegen die Arbeitslosigkeit geschieht nichts. Arbeit ist heute mehr wert als Kapital. In der Steuererhebung muß auf die kleinen und mittleren Renten größte Rücksicht genommen werden. Der Kurs der Mark kann erhöht werden durch Erzeugung neuer Güter, vor allem durch Verbesserung von Kohle. Einen künstlichen Abbau der Preise kann ich nicht befürworten. Bieleicht hilft eine Doppelwährung. Die imperialistischen westlichen Republiken warten nur auf den Zeitpunkt, wo wir ihnen aus Mangel an Zahlungsmitteln unsere wirtschaftlichen Quellen verpfänden müssen. Wir brauchen eine Katalogisierung der uns nötigen Einfuhrartikel und eine Sperrung gegen die unnötigen. Es wäre zu erwägen, ob wir nicht eine großzügige Auswanderungspolitik treiben müssen. Wir können rascher genesen als wir glauben, wenn wir nur arbeiten.

Abg. Wurm (U.S.P.): wünscht eine Konferenz von Sachverständigen über die Valutafrage. Mögliche die Beschaffung langfristiger Kredite in Amerika.

Finanzminister Erzberger: Eine Konferenz, wie es Abgeordneter Wurm wünscht, ist bereits an der Arbeit. Für das Winterhalbjahr will die Regierung 30 Milliarden bereitstellen zur Senkung der Lebensmittelpreise. Wir müssen eine höhere Bewertung der Mark im Ausland bewirken. In der heutigen Konferenz im Reichswirtschaftsrat waren die anwesenden Bankdirektoren einig darin, daß die Zwangswirtschaft zurzeit nicht gelockert werden dürfe. Die stärkste Förderung der Eigenwirtschaft, besonders auf dem Gebiet des Getreidebaues und der Textilrohstoffe, ist nötig. Es ist uns bekannt, daß eine wahre Jagd nach fremden Coupons und fremden Banknoten stattfindet. Maßregeln dagegen sind im Gange. Die Valuta-Kleihe allein wird es natürlich auch nicht machen; aber augenblicklich brauchen wir eine solche, um uns weiterzuhelfen. Eine Auswanderungspolitik kann die Regierung nicht treiben. Das Deutsche Reich ist groß genug, um 60 Millionen zu ernähren, wenn jeder seine Pflicht tut.

Abg. Dr. Kieher (D.B.): Nur Arbeit kann uns helfen. Jedes Volk hat die Valuta, die es nach seinen Verhältnissen verdient. Die Möglichkeit der Erhöhung unserer Valuta hängt besonders auch von dem Vertrauen ab, das man in den neutralen Ländern unserer Erholungslosigkeit entgegenbringt, und dazu gehört, daß das Ja der Reichsfinanzverwaltung ja bleibt und ihr Nein: nein!

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung der Verordnung über die Arbeitszeit in Bäckerei und Konditoreibetrieben.

Abg. Scheffbeck (Z.): will den Achtstundentag in den Bäckereien so aufgeschlüsselt wissen, daß am Freitag und Samstag etwas länger gearbeitet wird und dafür am Anfang der Woche etwas weniger.

Abg. Hartmann (D.B.) ist mit der Vorlage einver-

Abg. Bienen (D.nat.V.) stimmt der Vorlage im allgemeinen zu, hat aber Bedenken gegen die vorgeschlagene Zusammenfassung der Sachausschüsse.

Abg. Marekhan (D.B.) wünscht eine Regelung der Arbeit in den Bäckereibetrieben dahin, daß jedermann auch am Sonntag das herkömmliche Frühstücksgedäch erhält.

Abg. Bock (U.S.P.): Die Vorlage ist ein Versuch der Verschlechterung der Bestimmungen über den Achtstundentag.

Die Vorlage geht an den sozialen Ausschuß. Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über das Arbeitsentgelt der Empfänger von Kriegsversorgungsgeldern.

Reichsarbeitsminister Schlichte beantragt die Vorlage, die nur ein Ausschnitt aus dem großen Militärversorgungsgesetz sei; das er noch in diesem Winter dem Hause vorlegen zu können hoffe.

Abg. Hoch (S.): ist mit dem Entwurf einverstanden. Einzelne Bedenken könnten in einer Auswahlerörterung behoben werden.

Abg. Koch-Hänsel (D.nat.V.): Die Kriegsgeschädigten fordern, daß sie durch Lohn und Rente nicht bloß den Vollarbeitern gleichgestellt, sondern darüber hinaus entschädigt werden für die Nachteile, die sie wirtschaftlich und gesellschaftlich durch ihre Beschädigungen erleiden. Das ist auch berechtigt. — Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr.

Der Ausschuß der Nationalversammlung für die Reichsabgabenordnung hat die Bestimmung, daß Banken, Sparkassen usw. über Privatgeldanlagen auszusprechen sind, mit dem Inhalt angenommen, daß der Reichsfinanzminister Erleichterungen zulassen darf.

Neues vom Tage.

Das Schicksal der deutschen Luftwehr.

Berlin, 3. Okt. Nach der „Deutschen Zeitung“ wird aus Paris gemeldet, daß Frankreich, England und Amerika die deutschen Reppel Luftschiffe unter sich verteilen werden; ein gewisser Rest soll vernichtet werden. Die Flugzeuge sollen an die kleinen Verbandsstaaten abgegeben werden.

Zur Vattenfrage.

Berlin, 3. Okt. Laut „D. B.“ meldet „Daily Mail“, der Verband werde ein Ultimatum mit dreitägiger Frist an Deutschland richten. Nach französischen Blättern sollen 1 1/2 lettische und 2 estnische Divisionen gegen die deutschen Truppen in Kurland angeboten werden.

Streifbewegung.

Berlin, 3. Okt. Der Reichsarbeitsminister hat im Metallarbeiterkreis die Einsetzung eines Schlichtungsausschusses vorgeschlagen. Die Arbeiter verlangen einen Mindestlohn von 3.30 M.

Berlin, 3. Okt. Wie dem „Berl. Volksanzeiger“ aus Duisburg berichtet wird, sind an der Hütte „Vulkan“ die Arbeiter trotz Abtraten der Gewerkschaftsführer in den Ausstand getreten, weil die Verwaltung die Zahlung einer außer tariflichen Teuerungszulage von 100 M. abgelehnt hatte.

Die Regierungskrise in Bayern.

München, 3. Okt. Die Besprechungen zwischen den Koalitionsparteien des Landtags und der Regierung über die Regierungsfrage haben zu dem Ergebnis geführt, daß vor einer endgültigen Lösung den beteiligten Fraktionen Gelegenheit gegeben werden soll, ihre Parteiorganisationen zu hören.

Die Valutakonturrenz.

Stockholm, 3. Okt. Schwedische Industriekreise verlangen Schutzmaßnahmen gegen die Einfuhr billiger Werkzeugmaschinen aus Deutschland.

Der Friede in Paris bestätigt.

Paris, 3. Okt. Die französische Abgeordnetenkammer hat den Friedensvertrag von Versailles mit 372 gegen 53 Stimmen angenommen. Mitte Oktober wird der Senat darüber abstimmen. (Das Ergebnis ist ein glänzender Sieg Clemenceaus.)

Die Kammer hat die Vorlage betreffend die Ratifikation des Miitärabkommens zwischen Frankreich, England und Amerika mit 501 Stimmen einstimmig angenommen.

Eisenbahnerstreik in England.

London, 3. Okt. Laut „Times“ wird die britische Regierung im Hinblick auf den zunehmenden Ernst der Schiffkohlenfrage 100 000 Tonnen Kohle monatlich von Amerika kaufen.

Lloyd George verhandelte gestern 4 Stunden lang

mit den Vorständen des Eisenbahner- und des Transportarbeiterverbands. Die Besprechungen wurden heute wieder aufgenommen.

Neuport, 3. Okt. In Hoboken griffen streikende Arbeiter einen Straßenbahnwagen, der von Arbeitern der Gasfabrik geführt wurde, an. Es wurde dabei geschossen und 10 Personen wurden verwundet, davon mehrere schwer.

Gerücht von einem Fürstentum.

Bern, 3. Okt. Das Gerücht, König Viktor Emanuel III. sei ermordet worden, bestätigt sich nach Meldungen aus Chiasso nicht. (Schon vor einigen Monaten wurde ein solches Gerücht verbreitet.)

Der Krieg in Oden.

Budapest, 3. Okt. Der rumänische Oberbefehlshaber teilte mit, daß die Moskauer Räteregierung sofortige Friedensverhandlungen bei Rumänien beantragt habe.

Kopenhagen, 3. Okt. Nach Meldungen aus Kiew hat die Gruppe Denikin 40 000 Leichen gefunden. An der Spitze der Terroristen stand eine Zäbin. Sie wurde von den Russen gefangen und sofort erschossen. General Denikin hat einen Befehl erlassen, wonach in der Ukraine die russische Sprache als einzige Staatssprache wieder eingeführt wird. Die Zeitungen sind einer strengen Zensur unterworfen und haben ihr Erscheinen eingestellt.

Vor dem Zusammenbruch.

London, 3. Okt. Nach „Daily Mail“ erklärte Minister Balfour, er habe noch keine amtliche Mitteilung über ein Friedensangebot aus Moskau erhalten; er wisse nur, daß die Räteregierung vor dem Zusammenbruch stehe.

Das neue Reichsministerium.

Berlin, 5. Okt. Nach dem endgültigen Wiedereintritt der Deutschen demokratischen Partei in die Regierungsmehrheit umfaßt das Reichsministerium folgende Mitglieder und Vize: Reichskanzler und Ministerpräsident Bauer (S.), Justizminister und Vizekanzler: Schiffer (D.B.), Finanzminister: Erzberger (Z.), Minister des Auswärtigen: Hermann Müller (S.), Minister des Innern: Koch (D.B.), Wirtschaftsminister: Schmidt (S.), Arbeitsminister: Schlichte (S.), Schatzminister: Dr. Mayer-Kamper (Z.), Postminister: Wiesberts (Z.), Verkehrsminister: Dr. Bell (Z.), Wehrminister: Noske (S.), Minister ohne Portefeuille: Dr. David (S.), Wiederaufbauminister: ein noch zu bestimmender Vertrauensmann der D.B.

Erklärung der Reichsregierung.

Berlin, 4. Okt. Es wird die Behauptung verbreitet, daß in allen Lagern der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich ein Plakat angeschlagen sei, welches die Aeußerung eines Mitglieds der deutschen Regierung (Erzberger) enthalte: „Wir brauchen die Kriegsgefangenen nicht zurück. Wir haben Arbeitslose genug.“ Die Reichsregierung hat eine Untersuchung eingeleitet. Heute schon kann aber festgestellt werden, daß weder Reichsminister Erzberger, noch sonst ein Mitglied der deutschen Regierung eine derartige Aeußerung getan hat.

Die Antwort der Reichsregierung.

Berlin, 5. Okt. Auf die drohende Note des Verbands vom 28. September ist dem französischen General Rudant am 3. Oktober eine Antwortsnote der Reichsregierung zugestellt worden, die zunächst feststellt, welche Maßregeln die Reichsregierung gegen die deutschen Truppen im Baltikum ergriffen oder angedroht habe. General v. d. Goltz sei abberufen worden. Die Regierung habe einen neuen Rufus an die Truppen gerichtet und sie zum Gehorsam aufgefordert. Diese Maßnahmen sollten die deutsche Regierung vor dem Vorwurfschlag, daß sie die Weigerung der Truppen nur zum Vorwand nehme, um die Räumung Ostlands zu verzögern. Die Regierung habe ferner niemals ihre Zustimmung zum Eintritt deutscher Soldaten in russische Territorien gegeben. Sie lege gegen neue Vorkasdemahmungen Verwahrung ein und bitte die Verbände, eine Kommission einzusetzen, die gemeinsam mit der deutschen Regierung den Fall untersuchen soll.

Reichswehrminister Noske hat das Armeekorpskommando Nord (General v. Eberhard) beauftragt, die deutschen Truppen bis nach Schaulen (bei Rowno) zurückzuführen. Wer nicht Folge leistet, soll keine Gefährnisse mehr erhalten. Der Abtritt in russische Territorien wird verboten. Die nicht Zurückführenden verlieren das deutsche Staatsbürgerrecht.



Ein Jahr Verlängerung.

Vasel, 5. Okt. Inf. Pr. Bur. meldet aus Paris, die 15jährige Besetzung der linksrheinischen Gebiete solle erst vom 1. November 1919 an gerechnet werden.

Die Entwaffnung.

Paris, 5. Okt. Die Kammer nahm eine Entschließung an, die Regierung möge nach Bestätigung des Friedensvertrags durch Amerika mit den Verbündeten Maßnahmen prüfen, um durch fortwährende Herabsetzung die vorgeschriebene Abrüstung zu ermöglichen. Deutschland und seinen Verbündeten soll die Herstellung von Kriegsmaterial überhaupt verboten werden.

Eisenbahnerstreik in England.

London, 5. Okt. Die Aussichten der streikenden Eisenbahner sind sehr ungünstig. Die sofort mit aller Tatkraft ausgeführten Gegenmaßnahmen der Regierung und die Festigkeit der Minister Lloyd George und Geddes haben sich wirksamer erwiesen, als erwartet wurde. Die öffentliche Meinung ist durchaus aufseiten der Regierung. Immer größer wird die Zahl der sich freiwillig Meldenden und der Zugang aus den Reihen der Streikenden selbst. Am Freitag verkehrten bereits wieder 3000 Jünger. Lloyd George wird von seinem Angebot nicht abgehen und keine weiteren Zugeständnisse machen. Die Regierung erklärt, daß den Streikenden die Löhnung nicht ausbezahlt werde, da sie den Dienstvertrag gebrochen haben. Die Streiklage hängt jetzt mehr von den anderen Gewerkschaften ab als von den Eisenbahnern.

Die nationale Erhebung in der Türkei.

London, 5. Okt. Die „Times“ meldet, General Mustafa Kemal Pascha habe nach der Einnahme von Konia in Ost- und Mittelanatolien eigene Steuerämter eingeleitet. Die Lebensmittelzufuhr nach Konstantinopel aus dem Osten soll abgeschnitten werden, um die gegenwärtige Regierung, die nur als Agentur des Verbands betrachtet wird, zum Rücktritt zu zwingen.

Die ägyptische Särgung.

Vasel, 5. Okt. In Ägypten sind neue Aufstände ausgebrochen. Zahlreiche Volksführer sind von den englischen Behörden verhaftet worden.

Der Krieg im Osten.

London, 5. Okt. Die Roten Truppen ziehen sich vor den Kosaken überall zurück. Viele Tausende gehen über. Die Lage der Roten ist verzweifelt. Lenin eilt mit, die Wirkung der Blodade sei entsetzlich. Die Bolschewisten müssen sich auf Gnade und Ungnade ergeben. In Petersburg sind einige Stadtteile bereits von den Bürgerlichen besetzt.

Ernste Lage auf dem Balkan.

Bern, 5. Okt. Die Nachrichten aus Albanien lauten ernst. Die Italiener sind von den Albanern, die durch Serben verstärkt sein sollen, vollständig geschlagen worden und mußten den Mittelpunkt Skutari aufgeben. Durazzo ist von den Albanern eingeschlossen. Die Erbitterung der Südslawen gegen die Italiener ist beispiellos. Es verlautet, daß in Slavien mobil gemacht werde. — Die italienische Flotte ist aus Vlondisi nach Albanien abgefahren.

Das „Loch im Westen“.

Frankfurt a. M., 5. Okt. Gegen den aus dem französischen Besatzungsgebiet nach Deutschland betriebenen Schleichhandel, dessen Wert bereits in die Milliarden geht, wodurch die deutschen Reichsbanknoten in Massen ins Ausland abwandern und das Sinken der Valuta steigern, ist in Frankfurt ein Wucheramt errichtet worden, das die unerlaubt eingeführten Waren beschlagnahmen soll. (Man kann nur guten Erfolg wünschen; allerdings werden etliche Prozesse am Platze sein, denn um die Schleichwaren zu beschlagnahmen, muß man sie auch erwischen. Frankfurt ist ja der Hauptstapelplatz für den Schleichhandel, aber es gibt noch mehr Schlupfwinkel an dem „Loch im Westen“ zwischen dem Bodensee und Mainz.)

Japaner in Deutschland.

Osaka, 5. Okt. Eine vorgestern hier angelommene japanische Abordnung mit Vizeadmiral Gato an der Spitze reist heute nach Deutschland weiter, um die dort herrschenden Verhältnisse zu studieren. — Die Bestätigung des Friedensvertrags durch Japan soll in den nächsten Tagen erfolgen.

Kein Clearinghaus?

London, 5. Okt. Die „Times“ teilt mit, der zweite Vorsitzende der britischen Handelskammer in Köln, Knott, der die Errichtung eines Clearinghauses in Berlin angeregt hatte, sei von der Kammer aufgefordert worden, zurückzutreten.

Was Wilson dem amerikanischen Kapital wert ist.

Newyork, 5. Okt. Nach der „Chicago Tribune“ wollen die „Anhänger“ Wilsons für seine Wiedervahl 100 Millionen Dollar aufwenden.

Württ. Landtag.

(-) Stuttgart, 4. Okt.

Am Regierungstisch, der mit zwei mächtigen Blumenarrangements geschmückt ist, deren eines die Zahl 70 trägt (aus Anlaß des 70. Geburtstags des Staatspräsidenten) haben sämtliche Staatsminister Platz genommen.

Präsident Keil eröffnet die 62. Sitzung um 9.15 Uhr, 3. Erster Punkt der Tagesordnung ist die

Bereidigung des Staatspräsidenten,

die in Abwesenheit der Unabhängigen erfolgt.

Präsident Keil: Nachdem die neue Verfassung Württembergs am 25. September 1919 in Kraft getreten ist, haben Sie als der erste Beamte des freien Volksstaats Württemberg auch zuerst den Eid auf die Verfassung abzulegen.

Staatspräsident Bloos: Ich schwöre Treue der Reichsverfassung und der Staatsverfassung, Gehorsam gegen die Gesetze und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflicht. — Staatspräsident Bloos wird hierauf vom Präsidenten Keil durch Handschlag verpflichtet.

Präsident Keil betont in einer Ansprache an den Staatspräsidenten, daß er bisher das Vertrauen der Volksvertretung gerechtfertigt habe und daß er es auch ferner rechtfertigen werde. Mit Freude werde die Wiedergewinnung des Staatspräsidenten durch Keil brachte, sodann die Glückwünsche des

Hauses zu seinem 70. Geburtstag zum Ausdruck. — Der Staatspräsident dankt für die Ehrung und versichert, alle seine Kräfte für die Befreiung des Landes einzusetzen.

Hierauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein.

Abg. Bazille (B.P.) begründet seinen Antrag, die beiden Verfügungen des Ministeriums des Innern vom 29. August 1919 über Bekämpfung der Wohnungnot, und vom 27. September 1919, betreffend die Beschränkung des Aufenthaltrechts, dem Staatsrechtlichen Ausschuss zur Prüfung auf ihre Rechtsgültigkeit zu überweisen. Er habe erhebliche Bedenken, ob die Ermächtigung durch Art. 5 a des Verfassungsgesetzes so weit gehe, wie es das Ministerium des Innern auffasse. Eine Prüfung hierüber sei jedenfalls notwendig, um die Gründe zu erfahren, die für das Ministerium des Innern sowohl in sachlicher als rechtlicher Beziehung maßgebend gewesen sind.

Der Antrag Bazille findet die Zustimmung des Hauses. Es folgt die Schlussabstimmung über das Tagesprogramm für den 4. Oktober.

Der Entwurf wird in namentlicher Abstimmung mit 87 gegen 6 Stimmen bei 13 Enthaltungen (B.P.) genehmigt.

Die Schlussabstimmung über das Verfassungsgesetz ergibt ebenfalls die Annahme des Gesetzes mit 90 gegen 2 Stimmen bei 14 Enthaltungen.

Das Gesetz über die Landtagsdiäten wird mit einem Antrag Walter-Pfäfer-Scheel-Körner, wonach ein Abzug an der Entschädigung zu unterbleiben hat, wenn ein Mitglied an dem betr. Tag nachweislich als Mitglied oder gewählter Stellvertreter an einer Ausschusssitzung teilgenommen hat, einstimmig angenommen.

Bei der Beratung des Torfgesetzes führt Abg. Sträbel (B.P.) aus: In den Kreisen der Grundbesitzer, insbesondere aber der Torfbesitzer werde das Gesetz nicht gerade große Freude auslösen. Besser wäre es gewesen, wenn man der Hauptursache des Brennstoff- und besonders des Kohlenmangels abgeholfen hätte, als durch Notbehelfe, wie es das Gesetz sei. Die Hoffnungen, daß man große Mengen an Brennstoff erhalten werde, werden schwer enttäuscht werden, denn wir brennen vor dem nächsten Herbst keinen Torf auf Grund des Gesetzes. Der Torf kann erst im nächsten Jahre gestochen werden und muß getrocknet werden. Vorher müssen große Entwässerungsanlagen durchgeführt werden, die Zeit und Geld und ungeheure Mengen von Arbeitskräften erfordern. Das Gesetz gebe zwei Möglichkeiten: Ueberführung des Torfsteins in Staatsbesitz oder partielle Uebernahme und Ausnutzung durch den Staat. Es gebe aber noch eine Möglichkeit: Förderung des privatwirtschaftlichen Betriebs, durch genossenschaftliche Ausnutzung der Torflager unter kräftiger Förderung durch den Staat. Das Gesetz in seiner jetzigen Form bedeute den Anfang der Sozialisierung der Torflager. Eine verheerende Sozialisierung sei sicherlich in dem Gesetz enthalten; deshalb könne seine Partei nicht zustimmen. Auch die Entschädigungsfrage sei ganz unzulänglich gelöst. Der Geldwert müsse bei Bemessung der Entschädigungssumme Rechnung getragen werden. Für die Grundbesitzer müsse der Verkehrswert maßgebend sein. Redner beantragt Verweisung an den Volkswirtschaftlichen Ausschuss.

Abg. Dr. Wälz (D.D.P.): Dem Grundgedanken des Gesetzes stimmen wir zu. Auch wenn das Gesetz erst in zwei Jahren unsere Brennstoffversorgung verbessere, sei es doch ein großes Glück, da wir damit zu rechnen hätten, daß die Brennstoffsalutität dieses Winters für 5 bis 10 Jahre bleiben werde. Bei einbüßlichen Grundbesitzern dürfe nicht das Mittel der Enteignung, sondern das der Zwangspacht benützt werden.

Abg. Graf (Z.): Bei allem, was von Seiten der württ. Regierung bis jetzt zur Beseitigung des Notstands geschehen sei, hätten sich die Maßnahmen stets gegen Landwirtschaft und Grundbesitz gerichtet. Wirklich Maßnahmen gegen die Arbeiter bei Streiks seien aber nicht getroffen worden. Das Gesetz enthalte eine Vergeßlichkeit des Grund und Bodens und stehe im Widerspruch mit der Reichsverfassung. Es kommen etwa 5000 kleine Grundbesitzer in Frage, die durch die Zwangspachtung getroffen würden.

Abg. Göhring (S.): begrüßt den Entwurf, da mit dem Moorergänzungsstellen nicht auszukommen gewesen sei. Er gebe zu, daß das Gesetz zu einer Sozialisierung führen müsse. Minister Dr. Lindemann hofft, daß es auf Grund der Ausschusssberatung doch gelingen werde, den Entwurf zum Gesetz zu machen. Ein großer Teil der Torfbesitzer habe die Konjunktur in schamloser Weise ausgenützt. Auch eine Bewirtschaftung des Waldes liege keineswegs außerhalb der Möglichkeit.

Der Landtag verlegt sich. Die Arbeiten werden wahrscheinlich Anfang November wieder aufgenommen.

(-) Stuttgart, 2. Okt.

Bei der ersten Beratung eines Gesetzentwurfs betreffend die Neuordnung des Gesundheitswesens wird von den Rednern aller Parteien daran kritisch geübt, daß es den Mitgliedern des Hauses nicht möglich war, den Entwurf vor der ersten Beratung auch nur durchzulesen. Dem Zentrumsantrag auf Ueberweisung der Vorlage an den Finanzausschuss wurde mit großer Mehrheit zugestimmt. Bei der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs über die Zusammenlegung des Bezirkes 4 a machte Abg. Stiefel (B.P.) Bedenken geltend und erklärte, daß die Bürgerpartei den Entwurf ablehne. Zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen Bürgerpartei und der Linken kommt es, als der Abg. Rapp (B.P.) sich für die Ortsortsteher einsetzt und den neuen Geist unserer Zeit dahin auslegt, Freiheit bedeute Freiheit im Nehmen, Gleichheit daselbe in der Berechnung, Brüderlichkeit aber sei identisch mit Gleichheit. Dies veranlaßt den Präsidenten zur Ermahnung, mit Mäßigung zu sprechen. Der Entwurf wird schließlich in zweiter und dritter Lesung gegen einige Stimmen der Bürgerpartei angenommen. Bei der nun folgenden dritten Beratung des Tagesprogramms bringt der Abg. Wurm (B.P.) die Bedenken seiner Partei zum Ausdruck, die den jetzigen Zeitpunkt nicht für geeignet hält, den Gesetzentwurf zu verabschieden, da eine reichsgesetzliche Regelung des Jugendfürsorgewesens bevorstehe. Die Redner der Unabhängigen, der Demokratie und der Sozialdemokratie, wie auch Minister Lindemann sprechen ihr Entzücken über die Schwärzung der Bürgerpartei aus. Die Abstimmung über das Gesetz wird auf eine der nächsten Sitzungen verschoben. Bei der folgenden Beratung des Verfassungsvorschlags wird in dritter Lesung Artikel 12 wieder angenommen mit dem Wortlaut: „Die Landesgerichte sind für die Maßnahmen der Personensorge als Vormundschaftsgerichte zuständig.“ Die Schlussabstimmung über das Gesetz soll mit derjenigen über das Jugendfürsorgegesetz vorgenommen werden.

(-) Stuttgart, 3. Okt.

Der Landtag hat heute die Gesetzwürke betr. Polizei- und Einwohnerehren und die Neugestaltung des Gesundheitswesens angenommen.

(-) Stuttgart, 3. Okt. (Vom Landtag.) Abg. Hiller (B.P.) hat folgende Anfrage eingebracht: „Trotz dem von Reich wegen der Verkehr mit Obst freigegeben worden ist, sind in Württemberg eine Reihe von Bezirken zu Gunsten der Konsumvereine und Arbeiterorganisationen gesperrt, so daß in manchen Landesteilen die Handel- und Gewerbetreibenden, Küfermeister, Möbelermeister, Wirte und sonstige Angehörige des Mittelstandes nicht in der Lage sind, ihren Bedarf zu decken. Ist der Herr Ernährungsminister bereit, dafür zu sorgen, daß neben den genannten Organisationen auch andere Staatsbürger ihren Obstbedarf zu decken in der Lage sind?“

(-) Stuttgart, 3. Okt. (Helfferich in Stuttgart.) In der württ. Bürgerpartei sprach am Donnerstagabend unter ungeheurem Andrang der frühere Reichshauptsekretär Helfferich über die politische Lage. Er wies die innerpolitische Entwicklung Deutschlands

seit den Revolutionstagen und behandelte besonders die Entwicklung unserer Finanzen während des Kriegs und nach demselben. Das Reich hat für Kriegskosten 140 Milliarden ausgegeben. Seit der Revolution 35 Milliarden. Im Jahr 1916 betrug die monatliche Ausgabe des Reichs etwa 2 Milliarden, dagegen heute in einem Friedensmonat 3 Milliarden. Die heutige Finanzpolitik sei eine Schleuder- und Bankrotteuervirtschaft, aber keine Finanzwirtschaft. Die Vorwürfe Dr. Helfferich richteten sich vor allem gegen den derzeitigen Reichsfinanzminister Erzberger, mit dem er, wie bekannt, seit Monaten in stärkstem politischen Kampfe steht. Ordnung, Arbeit und Vaterlandsliebe bezeichnete Helfferich als die Mittel, uns aus dem heutigen Elend herauszubringen. Nach einem Schlußwort des Abg. W. I. d. R. und nach begeisterten Kundgebungen der Versammlung für den Redner Dr. Helfferich wurde stehend das Lied: „Deutschland, Deutschland über alles“ angestimmt.

(-) Bradenheim, 3. Okt. (Ruhr.) Auch in unserem Bezirk zeigt sich in verschiedenen Orten die Ruhr. Teilweise tritt sie sehr schwer auf und fordert Opfer.

Spielplan des Württ. Landestheaters.

Großes Haus, 5. Okt. Samson und Dalila (Auf. 6 Uhr). 7. Okt. Samson und Dalila. — 8. Okt. Zauberflöte. (6.) — 9. Okt. Zar und Zimmermann. (6.) — 10. Okt. Martha. (6.) — 12. Okt. Zauberflöte. (6 1/2). — 13. Okt. II. Sinfonie-Konzert in der Fiedlerhalle (7 1/2 Uhr).

Kleines Haus, 5. Okt. Die verunkelte Blode. (6 1/2 Uhr) — 6. Okt. Nathan der Weise. (6 1/2). — 8. Okt. Tanzabend Hesse-Seewig. (7). — 9. Okt. Nathan der Weise. (6 1/2). — 11. Okt. Das Gericht der Schatten. (6 1/2). — 12. Okt. Morgenfeier: Schwäbische Lieder. (11 1/2). Alt H. I. d. B. (4). — 13. Okt. Minna v. Barnhelm. (6 1/2 Uhr).

(-) Korweheim, 5. Okt. (Vergebliche Nähe.) Im Verwaltungsgebäude des Rangierbahnhofs wollten Diebe in der Nacht den Kassenschrank aufbrechen, was ihnen aber nicht gelang.

(-) Bradenheim, 4. Okt. Die Lese des Frühgewächses ist im Jabergau allgemein im Gange. Die allgemeine Lese dürfte die nächste Woche beginnen. Die Nachfrage nach Wein ist sehr reger. In fast allen Ortschaften wird schon Reuer verbracht. Die Qualität des Weines verspricht sehr gut zu werden, die Menge schätzt zurück.

(-) Göglingen, 4. Okt. Die Preise für Milchschweine sind im Laufe der letzten Wochen beinahe stetig zurückgegangen. Heute waren zugetrieben 140 Stück, verkauft 120 Stück, zum Preise von 120—180 Mk. das Paar.

(-) Holzheim, O.A. Göglingen, 5. Okt. (Böjer Schuß.) Der Landwirt Altgäuer von St. Gotthardt schoß dem 15jährigen Bahnarbeiter Brotwolf, der mit anderen Arbeitern Obst auf dem Grundstück Allgäuers auflass, eine Ladung schrot in den Rücken und verletzte ihn schwer. Die Arbeiter umstellten das Haus Allgäuers und wollten Rache nehmen, sie fanden ihn aber nicht mehr vor. Dem Landjäger gelang es, die Leute wieder zu beruhigen.

(-) Geislingen a. St., 5. Okt. Todesfall.) Am Freitag verschied der stellv. Direktor der württ. Metallwarenfabrik hier, Karl Fellmeth, an einem Gehirnschlag im Alter von 55 Jahren.

(-) Ulm, 5. Okt. (Festgenommen.) Der ledige Elektromonteur Karl Göpfer von Kolmar und der ledige Kaufmann Adam Jung von Heinsbach i. B. sind als Vererber eines schweren Einbruchs in Konstanz, bei dem Tantenbilder im Wert von 11000 Mk. gestohlen wurden, hier ermittelt und festgenommen worden. Die Ware ist wieder beigebracht.

(-) Ammendorf, O.A. Biberach, 5. Okt. (Schweres Leid.) Der Familie Mohr wurden im Krieg die beiden Söhne entzogen, ein Schwiegersohn war schwer verwundet worden. Im Frühjahr starb eine verheiratete Tochter an der Grippe und nun ist eine weitere Tochter einem kurzen Leiden erlegen, während die Mutter schwer krank darniederliegt.

(-) Tuttlingen, 5. Okt. (Freispruch.) Fünf Personen, die Mitte Juli in das Haus von Fabrikant Schwirichardt eingedrungen waren und eine Durchsuchung nach Waffen und Munition veranstaltet hatten, wurden vom Saßlingergericht freigesprochen. Das Gericht habe die Ueberzeugung nicht erlangt, daß die fünf Leute sich bewußt gewesen seien, unbefugt zu handeln. Das Urteil erregt, wie der „Grünbote“ schreibt, in weiten Kreisen der Bevölkerung Beifremden.

(-) Vom Bodensee, 5. Okt. (Festgenommen.) In Konstanz wurde ein Portier verhaftet, der am 15. September in Konstanz einen Koffer mit Schmuckstücken im Wert von 12000 Mk. gestohlen hat.

— Schneefall. Am Samstag früh i. Nim Schwarzwald Schneefall eingetreten.

— Ziviluniformen. Bei der Württ. Landesbefreiungstelle sind neue Ziviluniformen sowie Mantel- und Futterstoffen aus militärischen Beständen für Staats-, Körperchafts- und Gemeindebeamte und Angestellte im Aufendienst bereitgestellt. Die vorhandenen Mengen werden den Oberämtern schließelmäßig nach Maßgabe der Bevölkerungszahl ihrer Bezirke angeboten.

Mutmaßliches Wetter.

Der Hochdruck im Osten ist vorerst noch von nachhaltiger Einwirkung auf die Wetterlage, jedoch für Dienstag und Mittwoch trockenes, wenn auch mehrschad trübes, Wetter zu erwarten ist.

Baden.

(-) Ettlingen, 3. Okt. In unserem kleinen Ort wütet die Ruhr in erschreckender Weise. Sieben Personen sind der Krankheit bereits erlegen.

(-) Mannheim, 3. Okt. Zu 10000 Mk. Geldstrafe und 1 1/2 Jahr Gefängnis wurde der Landwirt, B. Wanner von der Strafkammer verurteilt, weil er mittels gefälschter Bescheinigung acht Ochsen schwarz-weißschlachtet hatte.

(-) **Heidelberg, 3. Okt.** Im hiesigen Gefängnis erhängte sich der ledige Schneider Dellinger aus Leimen, der wegen eines Raubfalls auf eine Dame eingekerkert worden war. Er ist auch noch anderer Raubfälle und des Mords an der Elsa Stroch bei den drei Eichen beschuldigt. Dellinger war schon wegen Mords an dem Kaufmann Wolf in Schlierbach im Jahr 1917 festgenommen, aber wegen vermeintlicher Geistesgestörtheit wieder freigelassen worden.

(-) **Heidelberg, 3. Okt.** Ein Unteroffizier hat den Schützen Hinjberger, der wegen Diebstahls abgeführt werden sollte, erschossen. Hinjberger hatte den Unteroffizier auf dem Weg zum Unterjüngerungsgefängnis mit einem Dolch bedroht.

(-) **Zellweierbach, 2. Okt.** Der Herbst fällt hier in jeder Beziehung gut aus. Roggenwicht 100 Grot nach Dechle.

(-) **Karlsruhe, 4. Okt.** Wegen der Parteiwirtschaft. Schriftleiter Karl Binder wirft in der „Badischen Landeszeitung“ (Karlsruhe) die Frage auf, ob die Republik bis jetzt das gebracht habe, was von ihr erwartet wurde. Binder verneint diese Frage und zieht die Gründe dafür u. a. in einer gewissen Parteiwirtschaft, die sich durchgesetzt habe. Diese Parteiwirtschaft habe sich in den Gemeinden und auch im Staate Geltung verschafft. Weiter schreibt Binder: „Im alten Staat wurde bei Besetzung wichtiger Stellen immerhin noch etwas auf Befähigung gesehen, d. h. es kamen nur Leute in Betracht, die eine Fachausbildung hatten. Heute ist alles Parteifache. Das Wort „Freie Bahn dem Tüchtigen“ ist mehr als je zur Lebensart geworden. Heute heißt es: Freie Bahn dem Parteitüchtigen. Man wird die Empfehlung nicht los, daß auf diese Weise sehr oft Leute in hervorragende Stellen gehoben werden, geistige Mitleistigkeiten, die unter anderen Verhältnissen nur mit Not und Mühe das Abiturium oder ein fachliches Examen bestanden haben würden. Ist es da ein Wunder, wenn durch solche auf die Spitze getriebene Parteiwirtschaft die Unzufriedenheit mit dem neuen Staat immer weiter Boden gewinnt und bei Vergleichen zwischen dem alten und dem neuen Staatswesen das letztere ungünstig abschneidet!“

(-) **Karlsruhe, 5. Okt.** Bei den Wahlen zur außerordentlichen evangelischen Generalsynode haben die Positiven 50, die Liberalen 31 und die Mittelpartei 4 Sitze erhalten. Die Positiven haben somit 7 Sitze über die absolute Majorität, die 43 beträgt, erhalten. Seit 60 Jahren sind mit diesem Ergebnis die Positiven zum ersten Male zu ausschlaggebender Bedeutung gelangt.

(-) **Karlsruhe, 5. Okt.** In einer hier abgehaltenen Versammlung wurde ein Zentralverband der badischen Gemeindebeamten gegründet, an dessen Spitze Oberstadtrechnungsrat Weiler-Karlsruhe trat.

(-) **Karlsruhe, 5. Okt.** Ein Giftmordprozess spielte sich vor der hiesigen Strafkammer ab. Die in Zwangserziehung befindliche 17jährige Frida Bachmann aus Karlsruhe hatte eine der Schwestern des Gernsbacher Erziehungsheimes Bethesda zu vergiften gesucht, indem sie Kaffeegetränk in den Kaffee tat. Die jugendliche Verbrecherin erhielt 1 1/2 Jahre Gefängnis.

(-) **Durlach, 5. Okt.** Die Sicherheitsbehörden fingen eine Schafherde von 193 Stück ab, die auf Schleichwegen nach Karlsruhe gebracht werden sollte.

(-) **Mannheim, 5. Okt.** Die neugewählten Stadträte bekundeten eine große Freude am Debattieren. Die Verhandlungen und Beratungen auf dem Rathaus dehnten sich ins Endlose aus. Als nun am Freitagabend die Stadtparlamentarier wieder gar kein Ende finden konnten, packten die Zeitungsberichterstatter ein und verließen den Saal.

(-) **Mannheim, 5. Okt.** Wegen Kohlenmangel muß in der Zellstofffabrik Waldhof ein großer Teil der Arbeiter aussetzen. Aus Bürsfeld wird gemeldet, daß infolgedessen dort 500 Arbeiter der Erwerbslosenfürsorge anheimfallen.

(-) **Hausach, 5. Okt.** Bei einem häuslichen Streit hat der verheiratete Schreinermeister Jäggle seine Frau mit einer Handgranate getötet. Auch der Täter erlitt bei der Explosion Verletzungen.

(-) **Wolfsart, 5. Okt.** Die vor kurzem auf dem städtischen Schuttabladplatz aufgefundenen 21.500 Mark in Kriegsanleihestücken sind, wie die Untersuchung ergeben hat, militärisches Eigentum. Sie sind der Rest eines Betrags von 44.000 Mark, die ein Zahlmeister in bar und in Kriegsanleihestücken einer Frau zur Aufbewahrung übergeben hatte. Später holte der Soldat widerrechtlich die Summe ab und konnte nicht mehr ermittelt werden. Wie die Anleihen auf den Schutthaufen kamen, ist noch nicht aufgeklärt.

(-) **Singen a. D., 5. Okt.** Bürgermeister Thorbecke hat wegen Annahme eines günstigen Angebots für eine neue Stelle sein Amt als Bürgermeister der Stadt Singen niedergelegt.

Verwendung des Mehrerlöses aus den Häuten von Schlachtvieh und -Pferden.

Die Aufhebung der Leder- und Häutebewirtschaftung hat zur Folge gehabt, daß die Häutepreise sprunghaft gestiegen sind und jetzt ein Vielfaches der früheren Höchstpreise für Häute und Felle betragen. Der Reichswirtschaftsminister hat deshalb angeordnet, daß die Mehrerlöse, die sich aus der Steigerung der Preise für rohe Häute und Felle für Rinder, Kalber, Schafe, Pferde und andere Einfußer gegenüber den früheren Höchstpreisen ergeben, künftig zu je einem Drittel auf den Tierhalter, das Reich und die Kommunalverbände verteilt werden. Die Reichsfleischstelle ermittelt an Hand der vorhergegangenen Häuteauktionen den Mehrerlös und berechnet hiernach für die Zeit bis zum 14. des nächsten Monats einschließlich, welcher Mehrerlös auf den Zentner Lebendgewicht der in diesem Zeitraum angelieferten Schlachttiere entfällt. Die Reichsfleischstelle macht sodann bekannt, was in dem angegebenen Zeitraum die Tierhalter als Häutezuschlag erhält, und welcher Betrag

an das Reich abzuführen ist. Für die Zeit bis zum 14. Oktober 1919 soll der Mehrerlös auf den Zentner Lebendgewicht betragen: bei Rindern 54 Mk., bei Kalbern 75 Mk., bei Schafen 60 Mk., bei Pferden 21 Mk., so daß als Häutezuschlag auf den Landwirt und als Anteil für das Reich entfallen auf den Zentner Lebendgewicht: bei Rindern je 18 Mk., bei Kalbern je 25 Mk., bei Schafen je 20 Mk., bei Pferden je 7 Mk.

Der Häutezuschlag wird dem Landwirt bei der Abnahme des Viehes neben dem Höchstpreis bezahlt.

Der auf das Reich entfallende Anteil soll zum Kauf des aus dem Ausland eingeführten Fleisches und der den Kommunalverbänden verbleibende Rest zur Verbildung der einheimischen Kleinhandelspreise und zur Gewährung eines angemessenen Rohgewinns an den Fleischer verwendet werden. Die nähere Bestimmung hierüber bleibt dem Kommunalverband überlassen. Wo Kommunalverbände die Schlachttiere ohne Vermittlung der Viehhandelsverbände oder Schlächter mit Genehmigung des Kommunalverbands die Schlachttiere unmittelbar aufkaufen, haben der Kommunalverband oder der Schlächter den Häutezuschlag an die Tierhalter und den Anteil für das Reich zu bezahlen. Der Schlächter wird dadurch schadlos gehalten, daß er die Haut um den Betrag teurer verkauft, der durch den Häutezuschlag die Abgabe an das Reich und die Verbilligung des Kleinhandelspreises entfällt.



Militärische Stellungen der Bolschewisten in West-Russland Ende September 1919

— **Rückkehr der Kriegsgefangenen.** Die Hoffnung, daß Frankreich nach Genehmigung des Friedensvertrags durch die Kammer die deutschen Kriegsgefangenen freigegeben werde, hat sich nicht erfüllt. Wie Minister Pichon in der Kammer erklärte, soll die Freigabe nicht vor der Befähigung durch den Senat (frühestens Mitte Oktober) erfolgen.

— **Postverweigerung.** Wegen Streiks werden von der Post keine Pakete nach Kiel mit Vororten angenommen. Desgleichen nicht nach den bei Kiel gelegenen Ortschaften Heikendorf, Laboe, Holtzenau, Friedrichsdorf, Rummühlen, Dieblichsdorf, Dänischshagen, Schönkirchen und Schönberg.

— **Neue Zündholzhöchstpreise.** Das Reichswirtschaftsministerium hat am 1. Oktober einen Höchstpreis von 1.30 Mk. für zehn Schachteln festgesetzt. Inlands- und Auslandszündhölzer müssen zum gleichen Preis verkauft werden.

— **Falsche 1000 Mark-Note.** Bei einem Postamt in Stuttgart ist eine gefälschte 1000 Mark-Reichsbanknote abgesetzt worden. Die Note sieht sich gegenüber den echten ganz und fertig an, die Anfangsbuchstaben der Aufschrift „Eintausend Mark“ sind nicht scharf ausgeprägt, die Seriennummer bei der Zahl 1000 kaum lesbar und die beiden Stempel bei den Unterschriften indistinguishable. Die Fälscher auf der linken Seite sind aufeinander aufgemalt. Man löse bei der Annahme von 1000 Mark-Noten größte Vorsicht!

— **Warnung.** Immer wieder werden Präparate angepriesen, deren Anwendung eine große Ersparnis an Brennstoffen herbeiführt, wie z. B. „gewandert“ unter den Namen „Kolos“, „Lauerbrand“, „Calorifin“ u. a. Das Publikum tut gut daran, sein Geld, anstatt es für Mittel auszugeben, deren vornehmliche Vorteile auf Täuschung oder Zerstörung der Heizkörper beruhen, imbeutel zu behalten.

— **Steuererhöhung in Bayern.** Die Finanzlage in Bayern hat zu bedeutenden Steuererhöhungen geführt. Die Einkommensteuer wird wesentlich gesteigert, Steuerbefreiungen, die sich auf das Königreich beziehen, wurden aufgehoben. Die Gemeindeumlagen sind in München von 178 Prozent auf 280 Prozent, in Kissingen von 120 Prozent auf 250 Prozent, in Augsburg von 175 Prozent auf 250 Prozent, in Garmisch und Partenkirchen von 90 Prozent auf 120 Prozent, in Würzburg von 150 auf 300 Prozent, in Ausbach von 140 auf 300 Prozent, in Nürnberg von 195 auf 355 Prozent erhöht worden. Zur Vermögenssteuer dürfen Steuererhöher die Gemeinden Zuschläge erheben.

— **Postanweisungen.** Es besteht die Möglichkeit, daß aus dem bisher feindlichen Ausland und aus nicht feindlichen Ländern, mit denen der Postverkehr seit längerer Zeit eingestellt war, nach der jetzt erfolgten Wiederaufnahme des Briefverkehrs auch Postanweisungen eingehen, die aus der Zeit vor der Einstellung des Verkehrs herrühren. Im Amtsblatt der Bürt. Verkehrsanstalten wird darauf hingewiesen, daß derartige Postanweisungen nicht anzuzahlen, sondern an das Postanweisungsamt zu senden sind, da ihre Gültigkeitsdauer abgelaufen sei.

— **Ersatzlebensmittel.** Von der Genehmigungsbehörde wurden befreit solche Lebensmittel, zu deren Dauerhaftmachung an Stelle von Gewürzen oder Konservierungsmitteln Ersatzstoffe verwendet werden, sofern diese Stoffe von der Reichsversuchsanstalt genehmigt sind. Unter die freigegebenen künstlichen Limonaden und Branseimonaden fallen nun auch die Apfel-, Birnen-, Ananas-, Apfelsinen- und Limetten-Limonaden, wenn die dabei verwendeten Ersatzmittel (Grundstoffe, Aromen, Essenzen usw.) genehmigt sind. Künstliche Limonaden mit Phosphorsäure bleiben dagegen genehmigungspflichtig.

— **Hausfleischungen.** Bei der Verteilung des ausländischen Speises und Schweinefleisches sind die Selbstverarbeiter bisher nicht berücksichtigt worden. Zum Ausgleich dafür brauchen die Selbstverarbeiter nach einer Verfügung des Reichswirtschaftsministeriums von dem bei den Hausfleischungen anfallenden Speck und Fett nichts mehr abzuliefern.

— **Freie Einfuhr von Seefischen.** Die Einfuhr gewisser Seefische aus Holland ist freigegeben worden unter Beobachtung von Höchstpreisen, die z. B. betragen: bei Schellfisch I. Beichheit I. 30, II. 1.20, III. 0.95, Kabeljau 1.20, Lipplos 1.50, II. 0.95 Mk. das Pfund. Die Preise verstehen sich ab holländischer Station einschl. Verpackung und Ausfuhrgebühren.

— **Die Sperrfahrpläne** wird am 1. November in Kraft treten.

— **Eisenbahnmarken.** Vom 1. Oktober 1919 an wird das Eisenbahnmarkenverfahren im deutschen Güterverkehr auf Frankaturen bis zu 9 Mark ausgedehnt.

— **Der neue Fahrplan** wird erst im Lauf der nächsten Woche zum Preis von 1.20 Mark erhältlich sein.

— **Landeszentralbehörde für das Eisenbahnwesen.** Bei seinem Besuch in München sagte Reichsverkehrsminister Dr. Bell, nach Übernahme aller Eisenbahnen auf das Reich am 1. April 1921 werde in München eine Zentralbehörde für Bayern errichtet werden, die den großen (Eisenbahn-)Schah selbständig verwalte und in der Hauptsache aus Bayern zusammengesetzt sei. Der demnächst nach München kommende Reichsverkehrsminister werde eben als Erklärungen abgeben, die in Bayern befristet werden. — Es ist wohl anzunehmen, daß auch die übrigen Bundesstaaten mit eigener Bahn- bzw. Postverwaltung derartige Berücksichtigung erfahren.

— **Der Margarinepreis** ist vom Reichswirtschaftsministerium infolge der Verteuerung der Rohstoffe durch die sinkende Valuta von 1. Oktober ab um die Hälfte erhöht worden. Nach amtlicher Mitteilung ist eine weitere Preiserhöhung nicht ausgeschlossen.

— **Der Hebeverband** zur öffentlichen Bewirtschaftung der Badeseife ist durch Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums bis 30. September 1920 verlängert worden.

— **Gemüsekonserven** der Ernte 1919 sind für den Handel freigegeben worden, doch haben die Hersteller der Gemüsekonserven-Kriegsgesellschaft anzugeben, in welchen Reichsteil die Konserven verandt worden sind. Auf Verlangen der Gesellschaft haben sie einen Teil der Fabrikation zurückgehalten und nach Anweisung abzugeben.

Hans Thoma hat aus Anlaß seines 80. Geburtstags ein Selbstbildnis (Radierung) geschaffen und bei E. A. Seemann in Leipzig in Verlag gegeben.

— **Uberschwemmung.** Carlzenna (Sachsen) ist von einer furchtbaren Überschwemmung heimgesucht worden. Die ganze Stadt, die am Meer liegt, ist unter Wasser. Die Flut reicht bis zu den ersten Stockwerken. Da das Wasser und das Wasserwerk überflutet sind, ist die Beleuchtung unmöglich und es fehlt an Trinkwasser. Die Rettung der am Hügel stehenden Menschen in den oberen Stockwerken der Häuser war unmöglich, da das Wasser fortwährend stieg. Im Hinterland ist die Mäse- und Pfefferernte eines Teils der Provinz Mecklenburg durch das Hochwasser des Flusses Segura vernichtet. Man glaubt, daß viele Menschen ums Leben gekommen sind. Die Überschwemmung scheint durch W. Leberbrück verursacht worden zu sein.

Wotan
gasgefüllt

Die bevorzugte Glühlampe

In Wildbad zu haben bei Karl Hartmann.

Aus dem Bezirk.

Wildbad, 6. Oktober. Seit dem 1. Oktober verkehren die Personen-Züge Wildbad - Pforzheim laut Fahrplan wie folgt:

Abfahrt der Züge:	Ankunft der Züge:
Wildbad ab: 6.31 W	Wildbad an: 8.57
6.56 (S. u. F.)	1.02
9.28	3.27 (S. u. F.)
1.32	5.58 W
4.32 (S. u. F.)	7.17 (S. u. F.)
7.07 W	9.07 W
7.45 (S. u. F.)	9.42 (S. u. F.)

Bekanntmachung

betr. Einleitung der Jahresprüfung der Gebäude zur Brandversicherung.

Die Gebäudeeigentümer werden hiemit aufgefordert, alle seit der letzten Schätzung vorgekommenen Veränderungen an ihren Gebäuden samt Zubehörden behufs Neueinschätzung zur Brandversicherung

spätestens bis 10. Oktober 1919,

beim Stadtschultheißenamt zur Anmeldung zu bringen.

Wildbad, den 4. Okt. 1919.

Stadtschultheißenamt: Stello. Grähler.

Oberamt Neuenbürg.

Vollszählung am 8. Oktober 1919

Mit Bezug auf den vorläufigen Hinweis im „Enztaler“ Nr. 226 wird weiterhin folgendes bekanntgegeben:

Gemäß Verordnung des Reichsministeriums vom 16. Juli 1919 (Reichsgesetzbl. S. 652) und der hierzu erlassenen Verfügung des Ministeriums des Innern vom 5. August 1919 (S. Staatsanz. Nr. 176 vom 6. August 1919) findet am **8. Oktober 1919** eine Vollszählung in der Weise statt, daß die fortsamwesende Bevölkerung, das ist die Gesamtzahl der innerhalb der Grenzen der einzelnen Gemeinden Württembergs in der Nacht vom 7. auf 8. Oktober 1919 ständig oder vorübergehend anwesenden Personen, genau festzustellen ist. Dabei gilt als entscheidender Zeitpunkt die Mitternacht, sodas von den in dieser Nacht Geborenen und Gestorbenen die vor Mitternacht Geborenen und nach Mitternacht Gestorbenen mitzuzählen sind.

Die Zählung erfolgt durch namentliche Aufzeichnung der in Abs. 1 bezeichneten Personen bei derjenigen Haushaltung, in der sie übernachtet haben. Unter „Haushaltung“ sind die zu einer wohn- und hauswirtschaftlichen Gemeinschaft vereinigten Personen zu verstehen. Einer Haushaltung gleich geachtet werden einzeln lebende Personen, die eine besondere Wohnung inne haben und eine eigene Hauswirtschaft führen. Ebenso wie die Teilhaber einer regelmäßigen Haushaltung sind anzusehen und zu verzeichnen die in einer Kaserne, in einem Gefangenenlager, Internierungslager oder in Quartieren Untergebrachten, die in einem Arresthaus oder in einem Lazarett befindlichen Militärpersonen, die Gäste eines Gasthauses, die Mitglieder eines Pensionats, die in einer Anstalt (Kranken-, Straf- usw. Anstalt) Untergebrachten, die Besatzung und die Fahrgäste eines Schiffes usw.

Personen, die in der Zählungsnacht in keiner Wohnung übernachtet haben, werden bei derjenigen Haushaltung verzeichnet, in der sie am 8. Okt. zuerst (zu Fuß, zu Wagen, mit der Eisenbahn, zu Schiff usw.) ankommen.

Die Grundlage der Zählung bildet die Haushaltungsliste. In der Haushaltungsliste sind die durch den Vordruck verlangten Einträge schriftlich genau und deutlich von dem Haushaltungsvorstande durch den Zähler bewirkt werden. Die zu richtiger Ausfüllung erforderlichen Erläuterungen sind an der Haushaltungsliste beige druckt.

Die Haushaltungslisten werden von den Zählern in der Zeit vom 6. bis 7. Okt. von Haus zu Haus an die Haushaltungsvorstände verteilt und, nachdem sie ausgefüllt sind, in der Zeit vom 8. Okt., mittags 12 Uhr, bis 9. Okt., abends wieder eingesammelt.

Im übrigen werden die **Gemeindebehörden** auf die Bestimmungen über die Wahrung des Amtsgeheimnisses, die Bildung der Zählungskommission, die Einteilung der Gemeinde in Zählbezirke, die Aufstellung von Zählern, die Unterweisung derselben durch die Zählungskommission, die vorläufige und endgültige Feststellung des Ergebnisses und dessen Mitteilung an das Statistische Landesamt und an das Oberamt auf 14 und 22. Oktober ds. Jg. — vergl. §§ 3, 5—9 a. a. D., Staatsanzeiger Nr. 176 — noch besonders hingewiesen.

Die für die Zählung erforderlichen Zählpapiere sind von dem Statistischen Landesamt durch das Oberamt an die Gemeinden versandt worden.

Den 30. Sept. 1919.

Reg.-Rat. Milling

Veröffentlichung! Die für die Durchführung der Zählung gewonnenen Zähler sind ehrenamtlich tätig; den Zählern ihre Aufgabe zu erleichtern, ist Pflicht eines jeden. Haushaltungen, die bis zum 8. Oktober keine Haushaltungsliste erhalten haben, werden ersucht, sich auf dem Rathaus (Belbeamt) zu melden. Dorthin sind auch diejenigen Haushaltungslisten zurückzuschicken, die bis zum 10. Oktober nicht abgeholt worden sind.

Wildbad, den 3. Oktober 1919.

Stadtschultheißenamt: St. Grähler.

Zurücknahme.

Das im Enztalboten Nr. 214 im Eingekant über die Preisforderung der Mostereibesitzer gebrauchte Wort „Beutelschneiderei“ wird vom Einsender mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückgenommen. Derselbe zahlt in die Kasse der Kleinkinderschule eine Buße von 10 Mk.

Die Redaktion.

Gemüse als Viehfutter. In der ersten Hälfte des Monats August war die Stadt Groß-Bien so reichlich mit Gemüse versehen, daß 23 Eisenbahnwagen Kohlrabi nach dem städtischen Hofgut Seegefeld zur Verfüllung abgefahren wurden, weil das Gemüse selbst zu dem angebotenen Preis von 50 — fünfzig — Pfennig für den Zentner nicht abgenommen wurde. Ferner wurden, wie der Berliner Magistrat bekannt gibt, in der ersten Hälfte des Septembers 170 Eisenbahnwagen Frühkartoffeln nach Seegefeld abgegeben, da die Kartoffeln durch den Transport größtenteils verdorben waren. — Das Verderben der Frühkartoffeln ist eine leidige Erscheinung in diesem Jahr, und sie rührt hauptsächlich daher, daß die Kartoffeln wegen der Diebstahlsucht in geschlossenen Wägen befördert werden, sodas sie erstickend und in Säure kommen. Der Genuß solcher Frühkartoffeln erzeugt dann die bekannten Verdauungsstörungen usw., die heuer vielfach beobachtet wurden.

Betriebsverlust. Das große Hüttenwerk Ber. Königs- und Laurahütte in Oberschlesien hat für 1918/19 einen Betriebsverlust von 6 1/2 Mill. Mark, der sich mit den gesetzlichen Abschreibungen auf über 10 1/2 Mill. erhöht.

Einhalbertel Million Schmerzgelder. Der Verein gegen das Bestechungsunwesen schreibt, daß er gegen den Prokuristen Hans Vate der Reichsstelle für Gemüse und Obst, der die gesamten Transportverrichtungen der Reichsstelle an die „Alliana“

vergeben und an „Provitonen“ 1 1/2 Millionen Mark erhalten haben soll, sowie gegen den Direktor der Versicherungsgesellschaft Strafantrag wegen Bestechung stellen wird.

Was heißt Sabotage? Man findet dieses Wort fast in jeder Zeitungsnummer. Das Wort kommt aus dem Französischen und bedeutet im übertragenen und meist angewandten Sinne: das Zerstören oder Beschädigen von Arbeitsmaterial usw. durch Streikende. Wörtlich heißt Le sabot der Holzschuh. Mit „faire du sabot“ bezeichnet der Franzose die Tätigkeit des Schuhmachers, der in Frankreich ebenso häufig und beliebt ist wie der Borer in England. Ein geübter Schuhmacher weiß auch einen weit höheren Gegner dadurch zu Fall zu bringen, daß er ihn durch einen unvorhergesehenen Fußtritt von hinten gerade dasjenige Bein einnickt, auf welchem des Gegners Körperlast im betreffenden Augenblick ruht. Diesen Kunstgriff anwenden heißt „saboter“. Darum bezeichnet „le sabotage“ bildlich zutreffend das Vorgehen der Arbeiter, welche gerade denjenigen Menschen unbrauchbar machen oder denjenigen Rohstoff absperrten der zum Betrieb einer Anlage oder Fabrik unumgänglich nötig ist, wie die Beinstöße zum Stehen. In diesem bildlichen Sinne läßt sich „sabotage“ nicht durch ein deutsches Wort ersatzweise wiedergeben, so daß der Gebrauch dieses Fremdwortes bei uns richtig ist.

Wildbad.

Bau-, Holz- u. Hopfenstangen-Verkauf

Am Dienstag, den 7. Oktober 1919,

vormittags 9 Uhr

kommen auf dem Rathaus aus Stadtwald III Sommerberg

Abt. 10 Waldhütte

11 Stück bestellte Hagstangen II./III. Kl.

21 " " Hopfenstangen I./II. Kl.

23 " " Bauhstangen I a u. b

gegen Barzahlung zum Verkauf.

Stadtpflege.

Wildbad, 7. Oktober 1919.

Wildbad.

Vergebung von Bauarbeiten.

Zum Umbau der Firma Pfannkuch und Cie.

Hotel Sonne Wildbad

sind die **Maurer-, Zimmer-, Gipfer-, Glaser-, Schlosser-, Schreiner- und Glaser-Arbeiten** zu vergeben und liegen die Pläne und Bedingungen am 7. und 8. Oktober beim örtl. Bauleiter Bauwerkamt. Sigelen Hotel Sonne zur Einsichtnahme auf, woselbst Angebote bis spätestens **Donnerstag, den 9. Okt.** einzureichen sind.

Emil Briel,

Architekt. Pforzheim.

J. B. Sigelen.

Aufruf!

Die öffentlichen Bekanntmachungen zur **Ablieferung und Anzeige beiseite geschafften Heeresguts** haben bisher schon große Erfolge erzielt. Trotzdem befinden sich noch bedeutende Mengen von Heeresgut in unrechtmäßigem Besitz. Es ergeht aufs neue die Aufforderung an die gesamte Bevölkerung zur Wiedererfassung des entwendeten Heeresguts beizutragen.

Heeresgut ist Volksgut! Helft alle mit zu seiner Wiedererfassung. Das Landesverwertungsamt zahlt für wiederbeigebrachtes Heeresgut hohe Belohnungen!

Bei Werten bis zu 1000 Mk. 10%, bis 10000 Mk. 5—7%, bis zu 100000 Mk. 3—5% usw. des durch Abschätzung festgestellten Wertes der erfassten Güter. Die Belohnung wird unter Ausschluß des Rechtswegs denjenigen Personen gewährt, deren Tätigkeit die Ermittlung von Heeresgütern jeder Art ermöglicht hat. Unter mehreren beteiligten Personen wird die Belohnung nach Maßgabe der Einzeltätigkeit verteilt. Auch die staatlichen oder gemeindlichen Sicherheitsorgane sind zur Annahme der Belohnungen unter besonderen Voraussetzungen befugt. Namen der Anzeigerfasser werden auf Wunsch geheim gehalten.

Anzeigen und Belohnungsanträge nimmt entgegen

das **Württ. Landesverwertungsamt, Zweigstelle des Reichsverwertungsamts Stuttgart, Dorotheenstr. 2—4.**

Extra-Angebot in Schweizer-Stumpfen

10 Stück 5 Mk

— bei —

Chr. Schmid & Sohn

Tabakwarengrosshandlg.

Wildbad

König-Karlstraße 68.

Gluck-Gluck

S.S.

Das bestbewährte Eierlegemittel, wird dem Hühnerfutter zugemischt.

„Percöl“

mit Lebertranzzusatz, Krampfmittel f. Schweine Vorbeugungsmittel geg. Rotlauf, erhöht die Freyluft ungemein.

Zu haben in der

Medizinal-Drogerie

Grundner's Nachf.

Suche für die Haushaltung ein 10—18jähriges, ehrliches und fleißiges

Mädchen

für sofort.

Wer, sagt die Expedition.

Medic. Drogerie

Grundner, Nachf. Gebr. Schmit

Apotheker-Waren

Verbandstoffe aller Art

Gummi-Waren

Nähr- u. Kräftigungsmittel

Drogen u. Chemikalien

Mineral-Wässer

Württ. Bürgerpartei Ortsgruppe Wildbad.

Frauenabend

Donnerstag, 9. Oktbr.

abends 8 Uhr

im Gasthaus zum „Virsch“.

Ein größeres

Fass

(234 Ltr. haltend)

zu verkaufen 48

Chr. Kappelmann, sen.

Holzhauser, Löwenbergstr. 213.

Wir suchen

für kaufstüchtige Kapitalisten

verläßliche Häuser

jeder Art und erbitten An-

gebote von Selbstigentümern

Grundstücks-Offertenverlag

Frankfurt a. M., Schillerhof.

Heu

zu kaufen gesucht circa

0—15 Zentner.

Angebote mit Preisangabe

unter H. D. an die Exped.

ds. Bl. 53

Für die Einmachzeit

empfehlen:

Echtes Pergament-

Papier, Salicyl,

Einmach-Tabletten

(Benzoesaures Natron),

Flaschenlack,

Echte Naturkorken,

Synnde in all. Größen

Paraffin

für luftdichten Ueberzug.

Zämliche Gewürze,

den Kienbergs

Weineffig

Hengstenbergs

Tafelfen in Gläsern

Effig-Eff- u. z.

Medicinal-Drogerie

Grundner Nachf. Wildbad

Leghühner, Enten,

Gänse, Ferkel- u.

Läuferschweine,

liefert. Preisliste gratis.

S. Hügelhof Ulm a. D.

Zu verkaufen

ein gut erhaltenes

Chaiselongue

mit Decke. 56

Wo, sagt die Expedition.

Die glückliche Geburt eines gefundenen

Knaben

zeigen hoch erfreut an

Hermann Fröhlich

und Frau **Nanette,**

geb. Bausert.

Wildbad, im Oktbr. 1919.

Einige

Büglerrinnen

finden dauernde Beschäftigung.

Dampfwash-Anstalt

Birkenfeld.

Anserem lieben, allezeit

lustigen, schnurbackbedürftigen, nach dem Hasen der

Che segelken

Karl

zu seinem 20. Wiegenfeste,

ein beim Bahnhof anfangen-

des, durch die Anlagen rol-

lendes, in der Hauptstraße

verknallendes 3fach donnern.

Hoch!!!

Obst Karle do spanisch,

do shtosth machtlos vis-a-vis.

Leghühner, Enten,

Gänse, Ferkel- u.

Läuferschweine,

liefert. Preisliste gratis.

S. Hügelhof Ulm a. D.

Düten

Beutel

mit u. ohne Aufdruck liefert

Wildbader

Verlagsdruckerei.

